



Art des Vorstosses:	Type d'intervention :	Tipo d'intervento :
<input type="radio"/> Parlamentarische Initiative	<i>Initiative parlementaire</i>	<i>Iniziativa parlamentare</i>
<input type="radio"/> Motion	<i>Motion</i>	<i>Mozione</i>
<input type="radio"/> Postulat	<i>Postulat</i>	<i>Postulato</i>
<input checked="" type="radio"/> Interpellation	<i>Interpellation</i>	<i>Interpellanza</i>
<input type="radio"/> Dringliche Interpellation	<i>Interpellation urgente</i>	<i>Interpellanza urgente</i>
<input type="radio"/> Anfrage	<i>Question</i>	<i>Interrogazione</i>
<input type="radio"/> Dringliche Anfrage	<i>Question urgente</i>	<i>Interrogazione urgente</i>
<input type="radio"/> Fragestunde	<i>Heure des questions</i>	<i>Ora delle domande</i>

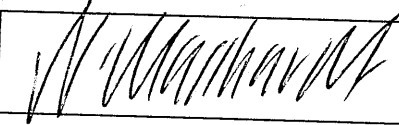
Bitte unterzeichnetes Original dem Ratssekretariat abgeben und den Text zusätzlich via Email weiterleiten:
 Prière de déposer l'original signé auprès du secrétariat du Conseil et, en plus, d'envoyer le texte par messagerie électronique à :
 Vi preghiamo di consegnare l'originale firmato alla Segreteria del Consiglio e di inviare il testo tramite messaggeria elettronica:

zs.kanzlei@parl.admin.ch

Urheber/in - Auteur - Autore

Nadine Masshardt

Unterschrift - Signature - Firma



Titel - Titre - Titolo

Warum verzögert sich die Einführung eines zentralen Registers für Verwaltungsunterlagen des Bundes?

Text/Begründung - Texte/Développement - Testo/Motivazione

2399 / 2400

Bereits vor 10 Jahren hat der Bundesrat in Kapitel 3.1.2 der Botschaft zum Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ) die Einführung „eines zentralen Registers der amtlichen Dokumente“ in Aussicht gestellt, „welches sowohl auf Internet als auch im internen Informatiknetz zur Verfügung gestellt werden kann“ (BBI 2003 2037). Argumente bildeten Transparenz, praktische Überlegungen und ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Der Bundesrat bekräftigte die „Einführung des ‚Single Point of Orientation‘ (SPO)“ in seinen Jahreszielen 2013, Departement des Innern, Ziel 11. Umso überraschender war die Medienmitteilung vom 23.10.13, der Bundesrat habe „entschieden, das Projekt zur Einführung eines zentralen Registers für Verwaltungsunterlagen des Bundes für fünf Jahre zu sistieren“.

1. Steht der Bundesrat nach wie vor hinter seinem Ziel, ein zentrales Register zur Suche von amtlichen Dokumenten in der Bundesverwaltung (SPO) zu erstellen? Wie setzt er Artikel 18 der Öffentlichkeitsverordnung in den kommenden Jahren um?

2. SPO setzt technisch das elektronische Geschäftsverwaltungssystem GEVER voraus. Welche

Mitunterzeichner: Die aktuelle Liste ist gedruckt verfügbar im Ratssaal (Session) und im Zentralen Sekretariat.
 Elektronisch: auf den PCs, welche für Ratsmitglieder zugänglich sind.

Cosignataires: La liste actuelle imprimée est disponible dans la salle du conseil (session) et au secrétariat central, la version électronique se trouve sur les PC à disposition des parlementaires.

Cofirmatari: La lista attuale è disponibile nelle sale dei Consigli, presso la Segreteria centrale e su ogni computer a disposizione dei parlamentari.

- Departemente haben GEVER eingeführt, welche Dep. und Bundesämter noch nicht? Warum kam es zu Verzögerungen? Welche Fristen hat der Bundesrat den Dep. und Ämtern gesetzt?
3. Eine technische Lösung funktionierte im SPO-Pilotversuch offenbar befriedigend. Wird SPO in einem ersten Schritt mit den Ämtern realisiert, bei denen GEVER eingeführt ist?
 4. Kam es in den letzten 7 Jahren zu Problemen aufgrund zunehmender Anfragen?
 5. Werden die Ordnungspläne der Ämter veröffentlicht, sobald diese erstellt und bereinigt sind?
 6. Mit welchen Folgekosten rechnet der Bundesrat aufgrund der Sistierung des Projekts? Kann die heutige Programmierung und Konzeption in 5 Jahren noch verwendet oder muss das System von Grund auf neu entwickelt werden?
 7. Wie ist GEVER 7 Jahre nach Einführungsbeschluss aus Kosten-Nutzen-Sicht zu beurteilen? Lässt sich damit die Transparenz & Effizienz des Verwaltungshandelns verbessern? Wie ist das Kostenargument zu gewichten?
 8. Wie beurteilt der Bundesrat das Grundrecht auf freien Informationszugang (BV Art. 16, 3) im Lichte der BGÖ-Rechtsprechung? Hat die Verwaltung den Paradigmenwechsel zum Öffentlichkeitsprinzip vollzogen?
 9. Wie wird sichergestellt, dass der interessierten Bevölkerung bis zur SPO-Einführung bestmöglich geholfen wird?